

Handreichung zum Umgang mit der AfD

Stand: 07.01.2020

Warum diese Handreichung?

Die Geschichte darf sich nicht wiederholen: Unsere historische Verantwortung als SoVD

Diese Handreichung ist notwendig und wichtig, um zu verdeutlichen, dass sich der SoVD inhaltlich und im Erreichen seiner Ziele von der AfD und weiteren rechtspopulistischen Organisationen abgrenzt. Die AfD wurde am 24.09.2017 in den deutschen Bundestag gewählt und muss als menschenverachtende und gut vernetzte Partei ernstgenommen werden, erst Recht, weil sie die demokratische Verfassung in Frage stellt.

Als SoVD nehmen wir unsere historische Verantwortung sehr ernst. Deswegen zeigen wir mit dieser Handreichung auf,

- wofür der SoVD steht.
- wofür im Gegensatz dazu die AfD und ihr nahe Netzwerke und Gruppierungen stehen.

- für welche sozialpolitischen Ziele sich der SoVD stark macht.
- welchen Diskurs die AfD und andere rechtspopulistische Organisationen verfolgen.
- inwiefern sich beide Organisationen in ihren Werten voneinander unterscheiden.

- welches Stärken und Schwächen der AfD sind.
- wie die AfD historisch, politisch und sozialwissenschaftlich einzuordnen ist.

- wie wir im Landesverband, auf Kreis- und Ortsebene mit der Partei umgehen werden.
- welche konkreten Schritte wir unternehmen, wenn AfD-Funktionäre in unseren Gliederungen mitwirken wollen.
- wie wir vorgehen, wenn AfD-Funktionäre eine Mitgliedschaft im SoVD beantragen.
- wie wir auf politischer Ebene und auf Veranstaltungen mit der AfD umgehen.

- was helfen kann, sich verbal und mit guten Argumenten gegen die AfD zu wappnen.
- was man im Umgang mit der AfD tun kann, was man besser lassen sollte.

- woher Sie Hintergrundinformationen bekommen.

Es geht in dieser Handreichung also nicht darum, der AfD mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen als nötig. Es geht schlichtweg darum, genug zu wissen, um sich als SoVD klar zu positionieren und deutlich abgrenzen zu können.

Kampf des SoVD gegen Diskriminierung und Menschenverachtung

In seiner über 100-jährigen Tradition haben sich der SoVD und sein Vorgänger Reichsbund immer wieder gegen aufkeimende diktatorische Tendenzen und die Verfolgung einzelner Menschengruppen eingesetzt. In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts störten NSDAP-Mitglieder Versammlungen des Reichsbundes, es kam zu Schlägereien. Nach der Machtübertragung auf Hitler und die NSDAP durch Reichskanzler von Hindenburg löste sich der Reichsbund 1933 auf, um nicht vereinnahmt zu werden. Mehrere Mitbegründer des Reichsbundes wurden verfolgt und sind in Konzentrationslagern gestorben, so z.B. Erich Kuttner. Er kam 1942 im österreichischen KZ Mauthausen um, er war Jude.

Am 22.04.2018 hat sich der SoVD im Rahmen einer Anzeige in der FAZ mit 17 weiteren Behindertenverbänden und einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten für demokratische Grundsätze und Nicht-Diskriminierung eingesetzt, nachdem eine Anfrage der AfD versucht hatte, einen Zusammenhang von Migration, Behinderung und Inzucht herzustellen.

Bereits zu Jahresbeginn 2018 hatte der SoVD-Bundesvorstand beschlossen, sich eindeutig von der AfD zu distanzieren: *„So lange in der AfD Personen wie ... Höcke, Poggenburg, Gauland, von Storch und andere den rassistischen, völkischen, rechtsextremen Ton angeben, müssen wir im Interesse unserer Mitglieder und angesichts unserer eigenen 100-jährigen Geschichte ... uns von diesen Leuten und ihren Vorstellungen eindeutig distanzieren.“*¹ Seitdem sind entsprechende Beschlüsse im Bundesvorstand und auch im Landesvorstand verabschiedet worden (s. unten).

Streit des SoVD für einen starken Sozialstaat, Solidarität und Gerechtigkeit

Im Gegensatz zur AfD setzt sich der SoVD für einen starken Sozialstaat, vollumfängliche Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein: Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderung, sämtlichen Geschlechts und aller Konfessionen. Er ist laut Satzung (§ 2) eine soziale, humanitäre und sozialpolitische Organisation, die sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat bekennt ebenso wie zu einem friedlichen und sozialen Europa.

¹ SoVD am 20.03.2018.

Politische Ziele des SoVD

Da wichtige Errungenschaften des Sozialstaates, für die der SoVD jahrzehntelang gestritten hat, seit dem Ende der 70er Jahre Stück für Stück von verschiedenen Regierungen wieder abgebaut wurden, kämpft der Verband heute umso mehr für umfassende Reformen und einen inklusiven Sozialstaat, aus dem niemand herausfällt, d.h. für:

- die Einführung der Bürgerversicherung in der Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung, die auch Beamte und Selbstständige mit einbezieht
- die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht nur im Beruf und bei den Gehältern, sondern v.a. auch in der Rente,
- eine hohe staatliche Mindestsicherung und einen hohen Mindestlohn, damit Alleinstehende, Alleinerziehende, Rentner und Hartz-IV-Bezieher ein menschenwürdiges Leben inklusive kultureller Teilhabe führen können,
- die Stärkung der Rechte z.B. von Menschen mit Behinderung, Alleinerziehenden, Grundsicherungsempfängern,
- eine Reform des Steuerrechts und das Umverteilen von Reichtum, damit die 10 reichsten Prozent, zu denen 126 Milliardäre und 1,2 Millionen Millionäre gehören und die mehr als 60 Prozent des gesellschaftlichen Vermögens besitzen, solidarisch beteiligt werden,
- dass soziale Arbeit am Menschen (in der Kita, in der Pflege, in den Krankenhäusern etc.) aufgewertet und mindestens so gut bezahlt wird wie die Arbeit an Maschinen.

„Nie wieder Krieg – Sieg dem Frieden“, so lautet ein Reichsbund-Transparent aus den 70er Jahren. Der SoVD tritt vehement für Frieden ein. Nur eine sozial gerechte Gesellschaft ohne Spaltung und ohne exorbitante Vermögensunterschiede kann eine friedliche Gesellschaft sein. Das gilt v.a. für Europa, für das der SoVD eine Sozialunion fordert: gute Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen für alle Bürger und in allen Mitgliedsstaaten der EU.

Politischer Diskurs der AfD und anderer rechtspopulistischer Organisationen

Spätestens seit dem Einzug der AfD in den Bundestag und gemeinsamen Demonstrationen beispielsweise von Pegida, Identitären, Hooligans, Neonazis und AfD, der Besichtigung verschiedener Gedenkstätten durch AfD-Funktionäre und den Vorkommnissen in Chemnitz am 1. September 2018, hat die AfD ihr wahres Gesicht gezeigt: das einer rassistischen und menschenverachtenden Partei. Sie verfolgt neonazistische Ziele und nutzt als parlamentarischer Arm der neuen Bewegung von Rechts die Mittel des demokratischen Rechtsstaates, um soziale Errungenschaften zurückzufahren und autokratische Strukturen zu verankern. Sie richtet sich gegen die Europäische Union und die friedliche Nachkriegsordnung.

Die AfD äußert sich rein verbal zunehmend diskriminierend und hetzerisch, s. Alexander Gaulands Aufforderung, die SPD-Politikerin Aydan Özoguz „entsorgen“ zu lassen² oder die Bezeichnung des Dritten Reichs als „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“.³ Entgleisungen (wie z.B. das Auftreten Björn Höckes mit einer weißen Rose beim sogenannten „Trauermarsch“ in Chemnitz, das Auftreten zur hessischen Landtagswahl mit dem Spruch „KREUZ PFLICHT für Hessen“, der Aufruf an Schüler über Websites, Lehrer zu denunzieren oder die Gründung der Organisation „Juden in der AfD“; gerade Letzteres mutet eigenartig an, da AfD-Mitglieder schon mehrfach durch antisemitische und den Holocaust relativierende Äußerungen aufgefallen sind) werden absichtlich provoziert und anschließend etwas zurückgefahren. Allerdings wird in der Partei nicht wirklich etwas gegen diejenigen getan, die die Äußerungen getroffen haben. Intention ist es, den politischen Diskurs anzuheizen und Gewalt in Form von Schlägereien auf die Straßen zu bringen. Dafür hat die AfD ihre eigenen Denkfabriken, Wissenschaftler, Verlage, Medienkanäle, PR-Agenturen, Netzwerke und Juristen sowie regelmäßige Kontakte bis in die höchste Ebene des Verfassungsschutzes.

Nachdem am 03.09.2018 beschlossen wurde, dass der Verfassungsschutz in Niedersachsen und Bremen die Jugendorganisation der AfD beobachten wird, hatte sich die Junge Alternative in Niedersachsen Anfang November 2018 entschlossen, sich aufzulösen. Es wurde von einer strukturellen Nähe zum organisierten Rechtstextremismus ausgegangen. In Bayern werden seit der Landtagswahl einige Mitglieder der neuen Fraktion im Landtag vom Verfassungsschutz beobachtet. Mittlerweile überprüft das Bundesamt für Verfassungsschutz „den rechtsnationalen Parteiflügel und die Nachwuchsorganisationen der AfD“.⁴

² www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-traeumt-von-entsorgung-aydan-oezoguz-15171141.html

³ www.zeit.de/news/2018-06/02/gauland-ns-zeit-nur-ein-vogelschiss-in-der-geschichte-180601-99-549766

⁴ www.tagesschau.de/inland/afd-prueffall-107.html

Parteilpolitische Ziele der AfD: Gesellschaftliche Spaltung und Aushöhlung des Sozialstaates

Laut Parteiprogramm beabsichtigt die AfD, den Sozialstaat auf ein Minimum zu reduzieren. Sie bekennt sich zur „*traditionellen Familie*“ als Leitbild⁵, d.h. zur männlichen Ernährerfamilie, in der die Frau zuhause bleibt und die Kinder hütet. Sie will keine Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie wendet sich gegen Alleinerziehende und Abtreibung. Stattdessen will sie eine staatliche Förderung „*deutscher*“ Geburten. Weiterdenken e.V. und die Heinrich-Böll-Stiftung analysieren demnach ganz klar:

„Die AfD sagt, sie sei die Partei der „einfachen Bürger und kleinen Leute“. Aber: Die AfD macht keine gute Politik für „die kleinen Leute“, denn Geringverdienende und Alleinerziehende kommen bei ihr nicht gut weg. Im Gegenteil würden die Vorschläge der AfD für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu einer Verschärfung sozialer Gegensätze führen. Insgesamt ist die Politik der AfD nicht nur gefährlich für die unmittelbaren Betroffenen (z.B. Asylsuchende), sondern auch nachteilig für viele ihrer Anhängerinnen, besonders Frauen, sozial Benachteiligte und Geringverdienende. Das gilt es aufzuzeigen und die eigenen sozial-politischen Ansätze stark zu machen.“⁶

Die AfD verfolgt eine zutiefst neoliberale Programmatik, die auf die „*Förderung von Eliten und eine weitere Benachteiligung schwächerer Teile der Gesellschaft ausgerichtet*“ ist.⁷

Für die Partei hat das Abendland eine christliche, angeblich sogar christlich-jüdische Konnotation, der Islam gehört nicht dazu. Asyl soll in Zukunft gar nicht mehr oder nur noch in Ausnahmen gewährt werden. Björn Höcke hat sogar die Intention, Massenausweisungen von zugewanderten Menschen vorzunehmen. Die AfD und auch die Identitären nennen dies „*Remigration*“. Diese würde ca. 8 Millionen Menschen im Land betreffen.⁸

„Die AfD will eine gegen Zuwanderung und Flüchtlinge gerichtete ethnisch-reine, völkische Nation und damit eine andere Republik. Sie ist die Partei der Mobilisierung des Ressentiments gegen Flüchtlinge, spricht von Notwehr und Widerstand und fördert damit Gewalt in einer durch die rassistische Bewegung und die gefährliche Steigerung der Gewalt gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte hoch aufgeladenen Situation der Republik.“⁹

Das europäische Parlament soll aufgelöst und das Friedensprojekt Europäische Union rückabgewickelt werden zu einem losen Verbund von Einzelstaaten mit gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Die AfD ist also stark nationalistisch eingestellt.

⁵ Grundsatzprogramm der AfD von 2016, S. 41.

⁶ Weiterdenken/Heinrich-Böll-Stiftung: „Linksgrün-versifft?“, (Handreichung vom Januar 2018, S. 20)

⁷ Bundesverband mobile Beratung: Empfehlungen für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus* in Parlamenten und Kommunalvertretungen, (2016, S. 28).

⁸ 19 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, die Hälfte hat die dt. Staatsbürgerschaft.

⁹ Campact: <https://blog.campact.de/2016/03/steuern-bildung-hartz-iv-was-die-afd-wirklich-will/>

Hauptanliegen und damit eigentliches Ziel im Hinblick auf den bundesrepublikanischen Staat ist es, die nach Meinung der AfD „linksgrün-versiffen“ liberalen Eliten – gerne auch „das System“ oder „das System Merkel“ genannt – zu entmachten. Sie will eine ethnisch „saubere“, männlich dominierte und autoritäre Republik mit eigener „völkischer“ Elite errichten. Das geht dem Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher Hajo Funke zufolge nicht ohne Gewalt.¹⁰ Man sei bereit, dafür einen Bürgerkrieg anzuzetteln und unterstütze Bewaffnung und Bürgerwehren.

Die AfD lehnt den Parlamentarismus und das demokratische Parteiensystem ab, nutzt es aber zur Etablierung ihrer angestrebten autoritären Herrschaft. Damit hat die Partei die Ziele Hitlers und der NSDAP übernommen; ergänzt um die Forderung der Euro-Abschaffung. So titelte der Spiegel am 02.09.2018 ganz klar: „AfD: Wer sie wählt, wählt Nazis“.

Wissenschaftliche Einordnung der AfD und anderer rechtspopulistischer Organisationen

Die AfD ist seit dem Dritten Reich die erste rechtspopulistische Partei, die es nach mehr als 80 Jahren in alle Parlamente geschafft hat, und zwar auf Bundes- und Landesebene. Dem Soziologen und Pädagogen Wilhelm Heitmeyer zufolge, der seit den 90er Jahren eine Langzeituntersuchung zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ veröffentlicht¹¹, lag schon 2006 das rechtspopulistische Potenzial in der Gesellschaft bei 26 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2009 gaben knapp 900.000 Bürger ihre Stimme einer rechtsextremen Partei (NPD, DVU und Republikaner). Die AfD existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Bei der Bundestagswahl 2017 hat sie jedoch 12,6 Prozent der Wählerstimmen von knapp 5,9 Millionen Menschen erhalten. Seitdem sitzen 94 Parlamentarier im Bundestag. In Niedersachsen hatte die Partei in 2017 nahezu 2.800 Mitglieder, bundesweit im Februar 2019 ca. 33.600¹². Es ist zu vermuten, dass es in Deutschland um die Hundert rechtsextreme Gruppierungen mit so klangvollen Namen wie „Besseres Hannover“ oder „Reichsjugend“ gibt; Mitgliederzahl unbekannt.

¹⁰ Hajo Funke in „Die rechte Wende“ (3sat 22.11.2017)

¹¹ Wilhelm Heitmeyer: *Deutsche Zustände, (Suhrkamp 2002 bis 2011)*

¹² en.wikipedia.org/wiki/Alternative_für_Deutschland und https://de.wikipedia.org/wiki/AfD_Niedersachsen.

Fatal am Erfolg der AfD und ihrem Umfeld ist, dass ausschließlich mit dem Migrations- und Sicherheitsthema gepunktet wird, obwohl die Migration eben nicht „die Mutter aller Probleme ist.“¹³ Selbstverständlich hätten die Aufnahme der Flüchtlinge und ihre anschließende Versorgung mehr Ressourcen und konkrete Organisation gebraucht und v.a. fehlt Deutschland immer noch ein Einwanderungsgesetz. Doch hat die AfD „den öffentlichen Diskurs nach rechts verschoben.“¹⁴ Denn sie bringt dem Politologen Christoph Butterwegge zufolge auch jedes andere Thema „unweigerlich mit Zuwanderung und Flucht in Verbindung.“¹⁵ Damit leugnet die Partei die eigentlichen Gründe für die enorme soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik wie beispielsweise nicht besteuerte hohe Vermögen, die Absenkung des Mindesteinkommens auf Hartz IV-Niveau, geringe Gehaltserhöhungen und dass Wohnraum mittlerweile zum Spekulationsobjekt geworden ist und hohe Renditen erwirtschaften soll.

Der Bonner Volkswirt Moritz Schularick hat zusammen mit zwei Kollegen 800 Wahlen in Industrieländern seit 1870 untersucht.¹⁶ Seine Studie bestätigt, dass es zu einem Rechtsruck in Gesellschaften immer dann kommt, wenn es zuvor eine Finanzkrise und/oder Schuldenkrise gegeben hat. Dann wird es auf den Straßen unruhig und gewalttätig. Das bestätigen nicht nur die historischen Ereignisse seit dem Black Friday 1929 und der Verschuldung in der Weimarer Republik durch die Kriegsreparationen. Auch die Rezession von 1966/67 führte zu Mitglie dierzulauf und Wahlstimmen für die NPD. Die Finanzkrise 2008 und die Sozialisierung der Kosten für die Bankenrettung haben der Bundesrepublik die AfD beschert. Schuld sind also nicht Migranten oder andere gesellschaftliche Gruppen, sondern Spekulanten und Börsen bzw. die mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte seitens der Politik. Denn sie haben die Vermögensungleichheit verschärft. Die Politik der Agenda 2010 hat ihr Übriges dazu getan, dass große Bevölkerungsschichten verarmt sind und Angst um ihre Existenz haben.

Stärken und Schwächen der AfD und ihres Netzwerkes

Stärken sind die Nutzung bzw. Instrumentalisierung von Medien, Provokation, Verwirrung (nicht „Rasse“ sagen – „kein Rassismus“) und das Vorgaukeln einer bürgerlichen Fassade. Vernetzung über Ländergrenzen hinweg vom Front National über die PVV in den Niederlanden bis hin zu russischen rechtsextremen Initiativen und Steve Bannon in den USA. Nah am Bürger dran, v.a. in östlichen Bundesländern regelmäßig auf Marktplätzen mit Infoständen.

Schwächen sind die unsachliche Arbeit in Ausschüssen und die mangelnde inhaltliche Kompetenz. Anfragen und Anträge der AfD konzentrieren sich zu mehr als 40 Prozent auf die Innen-, Sicherheits- und Asylpolitik, gefolgt von Arbeit und Wirtschaft mit knapp 8 Prozent und Bildung mit 7,3 Prozent.

¹³ Horst Seehofer: CSU-Klausurtagung vom 05.09.2018, www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-laut-medienberichten-mutter-aller-probleme-ist-die-migration-a-1226724.html

¹⁴ Vgl. Christoph Butterwegge: „Gefahr droht von innen“, (taz vom 24.10.2018)

¹⁵ Ibid.

¹⁶ Moritz Schularick, Alan Taylor: Credit Booms Gone Bust: Monetary Policy, Leverage Cycles, and Financial Crises, (American Economic Review, 2012, 102: 1029–1061)

Nur 2 Prozent der Themen betrafen bisher die Sozialpolitik.¹⁷ Diese Themen kann die AfD bisher jedoch nur auf Bundes- oder Länderebene besetzen. In der Kommunalpolitik sieht es mau aus. Die Partei ist damit eine eher monothematische Partei.

Mittel zum Zweck

Mit folgenden Mitteln erzeugt die AfD Aufmerksamkeit und versucht, Themen zu verankern:

- Provozieren und Skandalisieren: z.B. Äußerungen wie „Wir werden Frau Merkel jagen!“¹⁸
- Leugnen eines Teils der Geschichte und Initiierung eines neuen Gründungsmythos
- Mischung aus Opferideologie¹⁹ und behelndem Ziehvater: z.B. die Parteispendenaffäre rund um Alice Weidel²⁰ oder Alexander Gauland²¹
- Denunzierung verschiedener Gruppen und einzelner Menschen: z.B. Schülerplattformen
- Rassismus und Hetze gegenüber Einzelnen und Gruppen: z.B. Muslime, Juden, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende etc. bis hin zur Volksverhetzung, da man von „Umvolkung“²² spricht und Migranten mit administrativer Gewalt aus dem Land jagen will
- Spalten der Gesellschaft in unzählige Gruppen: z.B. das Ausspielen von Geflüchteten gegen Hartz-IV-Empfänger
- Angst stiften, Nebelkerzen werfen und befeuern
- Verschwörungstheorien verbreiten
- Gewalt anzetteln: z.B. Hetzjagden in Chemnitz, Angriffe auf Flüchtlingsheime, Restaurants
- Unterwanderung nichtstaatlicher Organisationen: z.B. Gewerkschaften, Betriebsräte, Verbände und Vereine (auch Seniorenbeiräte und Sportvereine) oder auch Einflussnahme, indem man z.B. den Sozialverbänden immer mal wieder die Gemeinnützigkeit aberkennen will
- Einflussnahme in staatlichen Organisationen und Institutionen: z.B. Parlamente auf allen Ebenen, Ausschüsse, Polizei (GdP) und Beamte
- Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit: z.B. Polizeischikane gegen Journalisten im August 2018 bei der sogenannten „Anti-Merkel-Demo“
- Doppelgesichtigkeit: z.B. Auftreten als seriöse Kraft im Bundestag und gleichzeitiges Marschieren mit Neonazis in Dortmund oder Chemnitz

¹⁷ Weiterdenken/Heinrich-Böll-Stiftung: „Linksgrün-versifft?“, (S. 10)

¹⁸ Alexander Gauland: Aussage direkt nach der Bundestagswahl am 24.09.2017.

¹⁹ www.stern.de: „AfD versucht, sich als Opfer darzustellen“, 03.01.2018.

²⁰ Melanie Amann u.a.: Goldene Zeiten, (Der Spiegel vom 24.11.2018): Laut Spiegel-Recherchen geht die AfD nicht transparent mit Spendengeldern um.

²¹ Melanie Amann u.a.: Radikale Mitte, (Der Spiegel vom 08.09.2018): „Ich habe nicht gesagt, dass Journalisten ganz aus Deutschland vertrieben werden sollen.“ Doch letztendlich gehe es schon darum, „das Ungleichgewicht in den Medien endlich zu unsren Gunsten zu ändern.“

²² en.wikipedia.org/wiki/Umvolkung.

Eine maßgebliche Rolle in der Verbreitung von Ideen, Hetze und in der Nutzung strategischer Mittel spielen das Magazin „Compact“ und der Publizist Götz Kubitschek.²³ Letzterer ist einer der Vordenker nicht nur der AfD, sondern auch der Identitären Bewegung²⁴ und im Grunde des gesamten rechtsextremen Netzwerks. Dabei fungiert Kubitschek ähnlich wie Steve Bannon in den USA als Verleger und PR-Strategie. Er hat das Institut für Staatspolitik als eine Art rechte Denkfabrik begründet. Zudem hält er Reden auf Veranstaltungen von Pegida, AfD etc. Vorangetrieben wird eine Ideologie, die von einem „reinen“ Volk in einem Staat mit Lenkern und Untertanen spricht, das sich gegen Angriffe von außen, wie z.B. durch „Fremde“, zusammenschweißt. Die Jahre 1933 bis 1945 kommen in dieser „Erzählung“ nicht vor.²⁵

Wie umgehen mit der AfD?

Wie gehen andere mit der AfD um?

Einige Unternehmen haben sich ganz klar gegen die AfD positioniert. So verweigert z.B. die GLS-Bank der AfD Konten.²⁶ Für die Chefin der Nomos Glashütte ist die AfD „keine Partei innerhalb des demokratischen Spektrums.“ Nomos will kein „Klima von Rassismus und Intoleranz im Unternehmen“ und würde Angestellte darum bitten, eine Haltung, die nicht zu Nomos passt, zu Hause zu lassen.²⁷ Der Spiegel hat in seiner Ausgabe vom 8.9.2018 recherchiert, dass ein Teil der international aufgestellten deutschen Großkonzerne bisher eher zurückhaltend Position bezieht. Den Anfang hatten Siemens und Daimler gemacht. Zur Landtagswahl in Bayern haben einzelne Unternehmen, wie z.B. Ernst & Young und MTU dazu aufgerufen, nicht populistisch zu wählen. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat diese Aufrufe unterstützt.²⁸ Unzählige Nichtregierungsorganisationen hingegen beziehen mit diversen Aktionen seit 2015 deutlich Stellung: Aufstehen gegen Rassismus, Bunt statt Braun, Campact, Wohlfahrts- und Sozialverbände etc. Die Unteilbar-Demonstration in Berlin am 13.10.2018 hatte 270.000 Teilnehmer.

Die demokratischen Fraktionen im Bundes- und in den Landtagen scheinen im Umgang mit der AfD immer noch zu üben. Ein Teil – wie die CSU – übernimmt Thesen der AfD, ein anderer Teil will gar nicht mit ihr reden. Sie sind alle zusammen angehalten, gemeinsam das parlamentarische System zu verteidigen und zu festigen. Dazu braucht es bessere Argumente und offensichtlich bessere Lösungen

²³ Marc Röhling: „Was junge Rechte gefährlicher macht als alte“ (www.bento.de vom 29.07.2019)

²⁴ en.wikipedia.org/wiki/Identitäre_Bewegung. Es handelt sich um rechtspopulistische Gruppierungen, die völkisch-nationalistische und rassistische Kulturkonzepte vertreten.

²⁵ Tobias Rapp: Der dunkle Ritter Götz, (Der Spiegel vom 21.12.2016)

²⁶ TAZ vom 03.09.2018: Das passt einfach nicht.

²⁷ Der Spiegel vom 15.09.2018: Klare Ansage.

²⁸ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bayern-wahl-2018/landtagswahl-bayerns-wirtschaft-unterstuetzt-wahlauf-ruf-gegen-populisten/23183334.html?ticket=ST-4378237-yfjzrkISfKvXXXVzulGD-ap5

für diverse gesellschaftliche Problemstellungen. Die niedersächsische Landesregierung hat klar Stellung bezogen und will kein Klima der Intoleranz dulden.

Der SoVD hat am 13.2.2018 vor dem Hintergrund seines Kampfes für solidarische, freiheitlich Rechte und gegen Diktatur und Rechtsextremismus in seiner Präsidiumssitzung beschlossen, nicht zur Normalisierung der AfD in der Parteienlandschaft und im Bundestag beizutragen. *„Er wird nicht mit der Partei und der Fraktion zusammenarbeiten, d.h. sie nicht zu eigenen Veranstaltungen einladen, Fachgespräche anbahnen, keine AfD-Veranstaltungen besuchen und ihr auch keine Schreiben und Publikationen zukommen lassen.“*

Und auch der Landesvorstand des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. hat am 01.10.2018 weitreichende Beschlüsse gefasst, wie mit der AfD umzugehen ist.

Wie gehen wir als SoVD mit der AfD um?

Im Landesverband gab es zwei Versuche, von Seiten einzelner AfD-Funktionäre, im SoVD aktiv zu werden: einmal auf Orts- und einmal auf Kreisebene. Da die politische Grundhaltung der AfD den satzungsgemäß verankerten Grundwerten des SoVD **unvereinbar** gegenüber steht, ist folgendes Handeln beschlossen worden:

1. Interesse an einer Mitgliedschaft

Wenn schon bei der Anbahnung einer Mitgliedschaft im SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Kenntnis besteht, dass das potenzielle Mitglied ein AfD-Funktionär ist, dann ist die Mitgliedschaft im SoVD-Landesverband abzulehnen.

2. Interesse an einem Vorstandsposten

Wenn bekannt ist, dass ein AfD-Funktionär einen Vorstandsposten im SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. besetzen will, dann ist eine entsprechende Kandidatur zu untersagen.

3. Besetzung eines Vorstandspostens

Sollte ein AfD-Funktionär doch in den Vorstand einer Gliederungsebene des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. gewählt worden sein, ist bei Kenntnis von diesem Umstand dieses Mitglied mit sofortiger Wirkung durch den Landesvorstand seines Amtes zu entheben.

Denn unsere Grundwerte sind Respekt, Humanität und Solidarität. Wir fördern ein soziales und friedliches Miteinander, Teilhabe, Fürsorge und Gleichstellung. Wir unterstützen keine Haltungen, die menschenfeindlich sind und einzelne oder mehrere Gruppen von Menschen abwerten, weder Frauen noch Behinderte, Muslime, Juden oder Menschen anderer Religionszugehörigkeit. Wir tolerieren Rassismus und Antisemitismus ebenso wenig wie Hetze und Diffamierung (s. auch „Mittel zum Zweck“).

Grundsätzlich sollten Sie diejenigen kennen, die sich im Verband engagieren wollen

Für die Zukunft bedeutet dies, gerade wenn Wahlen anstehen:

- Informieren Sie sich darüber, wer für Posten im Ehrenamt und damit in den Vorständen kandidieren will. Fragen Sie die Kandidaten, wer sie sind und welche Ziele sie verfolgen!
- Informieren Sie sich auch über die aktuellen Parteienverhältnisse vor Ort im Gemeinde- oder Stadtrat. Vielleicht kommen Ihnen Vertreter namentlich bekannt vor!

Fragen, die dabei helfen, die AfD vor Ort in der Kommune und im Stadtteil einzuschätzen

- Was bietet sie inhaltlich (außer völkischem Machtgebaren)?
- Wie ist ihre Sacharbeit vor Ort im Rat (sachkundig oder uniformiert, anwesend oder abwesend) und außerhalb des Parlaments?
- Wie ist die AfD vor Ort in der Kommune vernetzt (Mitgliedschaften, Bürgerinitiativen, Teilnahme an Demos, Mitveranstalter etc.)? Wird sie ausgegrenzt? Im umgekehrten Sinne sollten Sie wissen, wer vor Ort mit ihr kooperiert (Identitäre, Ein Prozent etc.).
- Wer vor Ort stellt sich ebenfalls gegen die AfD (Netzwerk, Parteien, Verbände, Bürgerinitiativen) und mit wem können Sie hier kooperieren?

Als Quellen eignen sich Lokalzeitungen, soziale Medien und das eigene Netzwerk, ggf. der eigene Posten im Stadtrat, in einem Ausschuss oder Beirat.

Keine Teilnahme an AfD-Veranstaltungen

Eine Teilnahme an AfD-Veranstaltungen würde dazu beitragen, die Partei zu normalisieren. Vor allem aber ist nicht damit zu rechnen, dass die Veranstalter und das Publikum menschenrechtlichen Argumenten zugänglich sind.

Falls die AfD oder andere rechte Gruppen Ihre Veranstaltung stören

Sie haben eine Mitgliederversammlung, einen Infostand auf einem Marktplatz oder führen eine Podiumsdiskussion durch. Plötzlich kommen ungebetene Gäste und stören die Veranstaltung:

- Verweisen Sie die Akteure aus dem Raum bzw. des Ortes!
- Sie sollten vorsichtshalber immer ein paar Trillerpfeifen parat haben. Diese können helfen, nicht eingeladene Redner laut auszupfeifen. Ausbuhen hilft auch.
- Sollte sich jemand eines Mikrofons bemächtigen, können Sie den Ton abdrehen.
- Sie können einen Ausschlusssatz sichtbar am Eingang zu einem Raum aufhängen.
- Die Veranstaltungsräume sollten übersichtlich sein: alle Teilnehmer sichtbar, nicht versteckt sitzend oder stehend, eine Ebene.
- Sollte es zu Handgreiflichkeiten kommen, verständigen Sie umgehend die Polizei.

Hilfen

Das können Sie tun:

- An Argumentationstrainings teilnehmen, z.B. AWT-Seminar, Green Campus u.a.
- Hinter die Fassade gucken!
- Reflektieren und Hinterfragen, auch die eigene Position.
- Reden, sich mit anderen Organisationen austauschen.
- Öffentlich Position gegen Menschenverachtung und Diskriminierung beziehen für Minderheiten, Streitkultur pflegen.
- LV um Hilfe bitten, Experten fragen (SoVD, Landeszentrale für politische Bildung, Amadeu-Antonio-Stiftung, Verdi, IG Metall, Vereine etc.).
- Abgrenzen (nicht ausgrenzen)!

Das sollten Sie lassen:

- Nicht auf den Leim gehen.
- Nicht beschimpfen und persönlich beleidigen lassen!
- Wenn sie im Rat sitzen und vom SoVD überzeugt sind: Nicht für AfD-Anträge stimmen!
- Nicht einladen, nicht einladen lassen! Auch nicht zu Gesprächen unter vier Ohren.

Unsere Strategie gegen die AfD: Vernetzen und Aufklären

1. Berücksichtigen Sie die demokratischen Spielregeln und schließen Sie sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Institutionen vor Ort zusammen. Diese müssen nicht sozialpolitischer Natur sein. Sie können aus dem Umweltbereich, aus der Anti-Rassismus-Bewegung, aus Kirche, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbänden aber auch aus Verwaltung und Politik kommen. Einzelne Kommunalpolitiker können Bündnisse unterstützen. Demonstrieren Sie gemeinsam, grenzen Sie sich von der AfD ab. Denn die AfD hat ihre eigenen Strategien, wenn es darum geht, andere an ihrer Arbeit zu hindern.
2. Sie wissen, wofür die AfD und andere rechtspopulistische Organisationen stehen. Benennen Sie das klar, wenn es angebracht scheint.
3. Zeigen Sie sich solidarisch mit Betroffenen, die Opfer rechtsextremer Anfeindungen geworden sind.

Fazit

Die AfD ist eine völkisch-nationalistische, homosexuellen-feindliche und antifeministische Partei. Sie fördert Gewalt nicht nur sprachlich, sondern mittlerweile auch auf den Straßen. Sie widerspricht sämtlichen Werten, die den SoVD in seiner Satzung und seinem täglichen Tun tragen. Sich gut erklärt von der AfD abzugrenzen, ist deshalb unabdingbar und vorteilhaft: Damit wird eine deutliche Botschaft gesendet. Und es besteht so die Möglichkeit, das eigene Profil zu schärfen: Nämlich das Profil eines toleranten, wertschätzenden und inklusiven Verbandes, der für Menschen arbeitet und nicht gegen sie. So werden keine Ressourcen verwendet, um sich am Rechtspopulismus abzarbeiten. Und so läuft der SoVD wenig Gefahr, von der AfD in die Enge getrieben zu werden.

Literaturtipps

Christoph Butterwegge: „Gefahr droht von innen“ (taz vom 24.10.2018, s. www.taz.de/!5541242/)

Detlev Claussen: Was heißt Rassismus (Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1994)

Correctiv/Marcus Bensmann u.a.: Schwarzbuch AfD (Essen 2017)

Hajo Funke: Von Wutbürgern und Brandstiftern: AfD – Pegida – Gewaltnetze (Berlin 2016)

Wilhelm Heitmeyer: Autoritäre Versuchungen - Signaturen der Bedrohung 1 (Suhrkamp 2018)

Andreas Speit: „Bürgerliche Scharfmacher/Deutschlands neue rechte Mitte“ (bpb, Bonn 2017)

Handlungs- und Verhaltenstipps

Amadeu Antonio Stiftung: Demokratie in Gefahr - Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD (Berlin 2019)

Rolf Gloel u.a.: Gegen Rechts argumentieren lernen (Hamburg 2017)

Klaus-Peter Hufer: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen (Schwalbach 2000)

Bundesverband mobile Beratung e.V.: „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“ – Empfehlungen zum Umgang mit rechtspop. Parteien in Parlamenten und Kommunen (Dresden 2017)

Weiterdenken/Heinrich-Böll-Stiftung: „Linksgrün-versifft?“ (Handreichung vom Januar 2018, s. www.boell.de/sites/default/files/umgang_rechtspopulismus_kommunal.pdf)

Zudem lohnt es sich auf den Seiten der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung zu recherchieren sowie bei www.campact.org, www.weiterdenken.de oder auch www.aufstehen-gegen-rassismus.de. Einige dieser Plattformen bieten sogar direkte Unterstützung an und organisieren Veranstaltungen gegen Rechtspopulismus, bei denen man mitmachen kann.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovnd-nds.de
www.sovnd-nds.de